

Doch zunächst eine Diktatur massiv aufzurüsten, um dann den Widerstand gegen dieselbe zu bewaffnen bedeutet die totale Militarisation der Gesellschaft.

Im Kern der Niederschlagung der alten Diktatur wird eine erneute Gewaltherrschaft schon angelegt.

Afghanistan ist nicht Libyen, trotzdem lassen sich grundlegende Strategien vergleichen. Um Einfluss zu gewinnen, sind die EU und auch die NATO darauf angewiesen, sich mit lokalen Herrschaftsstrukturen zu verbünden. Selbst mit hunderttausenden Soldaten und dem modernsten Kriegsgerät ist ein Land sonst nicht zu kontrollieren. Die lokalen Machthaber, mit denen sich Verbündet wird, sind selbstverständlich welche, die als Gegenleistung für die Absicherung ihrer Macht, Einfluss garantieren. In Afghanistan fordert die linke und feministische Opposition, die Strafverfolgung von weiten Teilen der Verbündeten der NATO und der Regierung Karsai. Die Kriegsverbrecher der Nordallianz und einige Warlords, die sich auch mit den Taliban ganz gut arrangiert hatten, sind jedoch die Garanten der relativen Stabilität in Afghanistan und eine Stütze der NATO.

Auch in Libyen werden jetzt diejenigen Herrschaftsstrukturen unterstützt, die sich vom alten Regime losgesagt haben und trotzdem eine Zusammenarbeit mit dem Westen garantieren. Größtenteils wird unter der Fahne der 1969 gestürzten Monarchie gekämpft. Die totale Kontrolle des Regimes wird durch die verschiedener bewaffneter Gruppen und „Stämme“ ersetzt. Die Wahrscheinlichkeit, dass emanzipatorische Kräfte eine größere Rolle in dem Konflikt spielen, sinkt, je weiter er militarisiert wird. Während die libysche Revolte am Anfang durchaus spontan war und vielfach von jungen Menschen, die einfach die Schnauze voll hatten, getragen wurde, übernehmen jetzt immer mehr Funktionäre des alten Regimes und übergelaufene Generäle das Sagen. Denn einerseits macht ein Konflikt der zum Krieg wird militärische also antiemanzipatorische Organisationsformen und Befehlsketten notwendig, andererseits können und wollen emanzipatorische Gruppen keine dauerhafte Zusammenarbeit mit EU und NATO garantieren, und bekommen dementsprechend gar keine Unterstützung.

Dem gegenüber steht die Förderung bewaffneter Männerhorden einem emanzipativen Prozess grundlegend entgegen. Gewaltförmig ausgetragene Konflikte verschärfen immer auch patriarchale Zustände. Einerseits wird in Kriegen massiv sexualisierte Gewalt ausgeübt, andererseits wird männliche Gewalt in Form von soldatischen Tugenden verherrlicht. Nicht zufällig fordern feministische afghanische Organisationen als erstes den Abzug der NATO, um eine Entmilitarisierung der Verhältnisse zu ermöglichen.

FÜR EINEN RADIKALEN ANTIMILITARISMUS

Eine Linke, die den herrschenden Verhältnissen eine radikale Kritik und Praxis entgegenstellen will, muss klar Position gegen jeden Krieg beziehen.

Wer dies nicht tut, bleibt in geschichtslosen und paternalistischen Weltbildern verhängen.

Wenn von der BRD und EU hofierte Diktaturen erst dann zum Thema werden, wenn es bereits massenhaft Aufstände und in einem Land einen NATO-Krieg gibt, läuft grundsätzlich etwas verkehrt.

Wenn große Teile der Linken sich nicht und einige sogar kriegsbefürwortend positionieren, ist dies auch eine Verweigerung, die eigenen Privilegien kritisch zu reflektieren und sich auf die Seite der Habenichtse zu stellen. Die Meisten weißen BRD-Pass-Inhaber_innen profitieren doch von der kolonialen Vergangenheit, der Absicherung des Wohlstands, der Außengrenzen und der Handelswege und den billigen Waren.

Es gilt, nicht erst gegen Diktatur zu sein, wenn die NATO dies propagiert. Sowohl die Unterstützung von EU und NATO für die Diktaturen dieser Welt, als auch der nun geführte Krieg gegen eine, sind Ausdruck der Durchsetzung eigener Interessen und einer neokolonialen Politik.

Flüchtlinge abschieben, Diktatoren unterstützen, Grenzen bewachen, Waffen liefern, geheim operieren, verschleppen, foltern, Polizisten ausbilden, Bomben werfen, Drohnen steuern, Piraten jagen, Länder besetzen, Kriege führen. All das ist doch Teil eines globalen Krisenmanagements, das Privilegien, die seit dem Kolonialismus bestehen, verteidigen und Einfluss ausbauen soll.

Dies gilt es anzugreifen – immer. Dabei sind anticoloniale Kämpfe des letzten Jahrhunderts genau wie auch aktuelle Kämpfe um Befreiung und Teilhabe am Wohlstand, wichtige Bezugspunkte.

Wer deutsche Kriegsbeteiligungen befürwortet, stellt darüber hinaus nur einmal mehr die Geschichtslosigkeit der deutschen Linken heraus. Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! war einmal die Losung linker und kommunistischer KZ-Überlebender. Wer für eine Kriegsbeteiligung Deutschlands ist, stellt sich auch in eine Linie mit einer deutschen Geschichtsbewältigung, die seit 1999 wegen und nicht trotz Auschwitz Krieg führen will. Die Verbrechen der Deutschen werden verharmlost und die Konsequenzen verdreht.

Die Geschichte antifaschistischer und anticolonialer Kämpfe ist unsere. Um die Wiederaneignung einer solchen Perspektive auf Geschichte muss uns es gehen. Und darum Positionen zu beziehen, die sowohl dieser Geschichte als auch der Komplexität der Verhältnisse gerechter werden.

Es sind Positionen zu entwickeln, die die Kämpfe zusammen denken und daraus eine Praxis abzuleiten, die den dauerhaften Kriegszustand angreift und sabotiert.

Doch das Märchen vom Ende der Geschichte, das Bedürfnis nach Sicherheit und die Individualisierung haben sich anscheinend tief in die Köpfe eingebrannt.

In mitten zahlreicher,

dauerhaft, krisenhafter Entwicklungen und einem Auseinander-fliegen vieler alter Vorstellungen, Sicherheiten und Machtverhältnisse, sitzt die radikale Linke und scheint an die Stabilität der Verhältnisse zu glauben. Wenn wir nicht bald anfangen, die Krisentendenzen und die militärische Absicherung der Herrschaft um uns herum ernstzunehmen, werden wir weiteren Zuspitzungen sowohl als Individuen als auch als radikale Linke nichts entgegensetzen können.

Wir wollen die Instabilität, denn sie beinhaltet die Perspektive der Veränderung.

Doch damit sie uns nicht zermalmt, müssen wir endlich wieder Fragen stellen anstatt Phrasen zu dreschen. Die Krise ist überall und sie wird es uns nicht mehr ewig gestatten, dass wir uns in unsere Nischen verkriechen und Teilbereichskämpfe führen.

Also verabschieden wir uns von der Vorstellung, jemals Rente zu kriegen und positionieren wir uns als aktive Kämpfer_innen in globalen Auseinandersetzungen.

Nachschlag

1. Wir wissen um das Dilemma, dass objektiv Aufständische in Libyen durch die NATO-Bombardements davor geschützt werden, massakriert zu werden. Wir können drauf nur eine politische und keine praktische Antwort geben. (s.o.) Wenn wir uns trotzdem gegen jede Intervention aussprechen, dann nicht weil wir dies auf die leichte Schulter nehmen, sondern weil wir die Geschichte und die Interessen der westlichen Staaten kennen. Dies gilt es auszuhalten und wenn möglich mit emanzipatorischen Kräften aus der Region zu diskutieren.

2. Der Unterstrich, wie bei Antimilitarist_in, soll deutlich machen, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt. Aus Soldaten, Soldat_innen zu machen würde aber nicht nur die männliche Dominanz sondern vor allem die Notwendigkeit zweigeschlechtlicher und heterosexistischer Konstruktionen für das Militär, verdecken. Es kann keine Soldaten geben, die sich außerhalb dessen verorten. Deshalb verwenden wir an einigen Stellen einen Unterstrich an einigen aber auch nicht – das ist keine optimale Lösung, wenn jemanden eine bessere einfällt her damit.

Einige Autonome – BRD 30.03.2011

